

§ 1 Geltungsbereich

1.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für das Produkt GASAG | STROM Leerstand. Dieses Produkt kann ausschließlich für leer stehende Wohnungen (Leerstand = Zeit zwischen dem Auszug eines Mieters und dem Neueinzug eines Mieters bzw. sonstigen Bewohners) in Mehrfamilienhäusern von Vermietern, Eigentümern und von den diese vertretenden Hausverwaltungen abgeschlossen werden, **die einen Vertrag für Allgemeinstrom für das Objekt (beispielsweise für die Beleuchtung des Treppenhauses) mit der GASAG abgeschlossen haben. Der Allgemeinstromvertrag mit der GASAG muss wirksam zustande gekommen sein. Der Vertrag muss sich noch nicht notwendigerweise in der Belieferung befinden. Endet der Allgemeinstromvertrag für das Objekt, darf GASAG | STROM Leerstand für dieses Objekt nicht mehr neu abgeschlossen werden.**

1.2 Das Produkt wird nur in ausgewählten, im Internet unter www.gasag.de/leerstand ersichtlichen Liefergebieten angeboten.

1.3 Zwischen der Beendigung eines Vertrags GASAG | STROM Leerstand für die Verbrauchsstelle und dem erneuten Abschluss des Vertrags GASAG | STROM Leerstand für die gleiche Verbrauchsstelle müssen **mindestens 90 Tage** liegen.

1.4 Das Angebot der GASAG zur Strombelieferung mit dem Produkt GASAG | STROM Leerstand richtet sich ausschließlich an Kunden, deren Stromlieferung durch den örtlichen Verteilnetzbetreiber über standardisierte Lastprofile und nicht über registrierende Leistungsmessung abgewickelt wird.

1.5 Voraussetzung für die Lieferung von Strom ist das Bestehen eines Netzanschluss- und eines Anschlussnutzungsvertrages mit dem örtlichen Stromnetzbetreiber.

1.6 Bei dem Produkt GASAG | STROM Leerstand handelt es sich um einen sogenannten „**kombinierten Vertrag**“. Das bedeutet: Der Stromlieferungsvertrag umfasst sowohl die Netznutzung als auch die Messung.

§ 2 Zustandekommen des Stromlieferungsvertrages

2.1 Das Angebot der GASAG im Internet, in Prospekten, Anzeigen etc. ist freibleibend und unverbindlich. Sofern kein schriftlicher Stromlieferungsvertrag mit beiderseitiger Unterschrift auf einer Vertragsurkunde abgeschlossen wird, bedarf es für das Zustandekommen des Stromlieferungsvertrages eines entsprechenden Auftrages des Kunden und eines Bestätigungsschreibens der GASAG, in dem auch der voraussichtliche Lieferbeginn mitgeteilt wird. Die GASAG kann einen Vertragsschluss ohne Angaben von Gründen ablehnen. Eine Ablehnung erfolgt insbesondere dann, wenn die Voraussetzungen für den Abschluss des Vertrags GASAG | STROM Leerstand nach §§ 1.1 bis 1.5 nicht erfüllt sind.

2.2 Das Bestätigungsschreiben bedarf der Textform.

2.3 Der Kunde kann als von ihm präferiertes Kommunikationsmittel die Korrespondenz per E-Mail oder über das Kundenportal der GASAG im Internet unter www.gasag.de wählen. Personenbezogene Daten werden nicht per E-Mail versendet, es sei denn, der Kunde hat hierzu seine Einwilligung erklärt. Die GASAG weist ausdrücklich darauf hin, dass bei der Datenübertragung via E-Mail außerhalb des Einflussbereiches der GASAG Sicherheitsrisiken, wie z. B. durch Virenübertragung, Beschädigung der Daten, Datenverlust oder Zugriff Dritter, bestehen können.

2.4 Die GASAG kann die Belieferung verweigern, wenn die Anschlussstelle zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns gesperrt ist.

§ 3 Kosten der Belieferung, Zahlungsweise und Mindestvertragslaufzeit

3.1 Die für das jeweilige Liefergebiet für Neuabschlüsse geltenden aktuellen Grund- und Arbeitspreise für das Produkt GASAG | STROM Leerstand sind im Internet unter www.gasag.de/leerstand veröffentlicht und dem vom Kunden zu verwendenden Online-Auftrag bzw. dem ggf. dazugehörigen Preisblatt oder sonstigen im Einzelfall verwendeten Vertragsunterlagen sowie auch dem Bestätigungsschreiben zu entnehmen.

3.2 Dauert ein Leerstand einer Verbrauchsstelle nur maximal 60 Tage und fällt in dieser Zeit nur ein Verbrauch von bis zu 40 kWh an, wird die GASAG dem Kunden weder einen Grund- noch einen Arbeitspreis für die Versorgung der betroffenen Verbrauchsstelle in Rechnung stellen. Falls die Voraussetzungen nach Satz 1 nicht erfüllt werden (d. h., wenn entweder die 60 Tage überschritten werden

oder der Verbrauch 40 kWh übersteigt), wird die GASAG gegenüber dem Kunden den vollen Verbrauch (ohne Abzug von 40 kWh) sowie auch den Grundpreis nach Maßgabe der für das Produkt GASAG | STROM Leerstand während des Verbrauchszeitraums gültigen Preise in Rechnung stellen.

3.3 Der Kunde hat die Möglichkeit, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, indem er eine Ermächtigung zur Einziehung der Forderung im Lastschriftverfahren/SEPA-Lastschriftmandat erteilt oder die fälligen Beträge auf das Konto der GASAG überweist.

§ 4 Preisbestandteile

Der Strompreis setzt sich aus einem verbrauchsunabhängigen Grundpreis und einem verbrauchsabhängigen Arbeitspreis zusammen. Der Arbeitspreis enthält die Kosten für Energiebeschaffung und Vertrieb; die verbrauchsabhängigen Netzentgelte in der vom Netzbetreiber kalkulierten und von diesem veröffentlichten Höhe; die Konzessionsabgabe, die sich nach dem jeweils zwischen dem Netzbetreiber und der betreffenden Gemeinde/Stadt vereinbarten Konzessionsabgabensatz gemäß Konzessionsabgabenverordnung richtet; die Stromsteuer; die vom Netzbetreiber festgelegten Aufschläge nach Maßgabe des Gesetzes für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz – KWKG) (KWK-Umlage) in der Höhe, in der sie auf der Internetseite der Übertragungsnetzbetreiber (derzeit: www.netztransparenz.de) veröffentlicht werden. Daneben enthält der Arbeitspreis folgende Umlagen in der Höhe, in der sie von den Übertragungsnetzbetreibern veröffentlicht werden (derzeit unter: www.netztransparenz.de): die Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 der Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten – AbLaV (AbLaV-Umlage), die Umlage gemäß dem Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) (EEG-Umlage), die Umlage nach § 19 Abs. 2 der Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (Stromnetzentgeltverordnung – StromNEV) (Strom-NEV-Umlage), die Offshore-Netzzulage nach § 17 f. Abs. 5 des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG). Im Grundpreis enthalten sind die nicht verbrauchsabhängigen Netzentgeltbestandteile in der vom Netzbetreiber kalkulierten und von diesem veröffentlichten Höhe sowie die vom grundzuständigen Messstellenbetreiber (das ist in der Regel der Netzbetreiber) erhobenen Entgelte für den Messstellenbetrieb. In den Preisen ist weiterhin die Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe enthalten.

§ 5 Preisänderungen beim Produkt GASAG | STROM Leerstand

5.1 Die GASAG ist beim Produkt GASAG | STROM Leerstand berechtigt und verpflichtet, die Preise im Wege der einseitigen Leistungsbestimmung in Ausübung billigen Ermessens nach § 315 BGB anzupassen. Dem Kunden steht die gerichtliche Überprüfung der Angemessenheit der Preisänderung nach § 315 Abs. 3 BGB offen.

5.2 Eine Preiserhöhung oder -senkung erfolgt, wenn sich die Kosten, die für die Preisermittlung nach § 4 maßgeblich sind, verändern.

5.3 Bei einer einseitigen Leistungsbestimmung durch die GASAG hat diese Kostensenkungen nach den gleichen Maßstäben und Zeitpunkten zu berücksichtigen wie Kostenerhöhungen, so dass Kostensenkungen mindestens im gleichen Umfang preiswirksam werden wie Kostenerhöhungen. Kostensenkungen dürfen nicht später weitergegeben werden als Kostenerhöhungen. Kostensteigerungen oder -senkungen führen nur dann zu einer Preisänderung, wenn ihnen keine gegenläufigen Kostensenkungen bzw. -erhöhungen anderer Preisbestandteile gegenüberstehen. Es ist immer eine saldierende Betrachtung vorzunehmen.

5.4 Die GASAG wird mindestens alle zwölf Monate die Angemessenheit der Preise überprüfen.

5.5 Preisanpassungen werden nur wirksam, wenn die GASAG dem Kunden die Änderungen spätestens sechs Wochen vor dem geplanten Wirksamwerden in Textform mitteilt.

5.6 Im Falle einer Preisänderung ist der Kunde berechtigt, den Stromlieferungsvertrag bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Preisanpassung fristlos zu kündigen. Hierauf wird die GASAG den Kunden in der Mitteilung über die bevorstehende Änderung ausdrücklich hinweisen. Das Recht zur Kündigung nach § 6 und § 15.2 bleibt unberührt.

5.7 Die §§ 5.1 bis 5.6 gelten auch, soweit künftig neue

Steuern, Abgaben oder sonstige staatlich veranlasste, die Beschaffung, Erzeugung, Netznutzung (Transport und Verteilung) oder den Verbrauch von Strom betreffende Mehrbelastungen oder Entlastungen wirksam werden.

§ 6 Laufzeit/Kündbarkeit

6.1 Der Stromlieferungsvertrag kann mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden. **Wird der Vertrag vom Kunden vor der Beendigung des Leerstandes der betroffenen Wohnung gekündigt, gilt die „40-kWh-Freigrenze“ in § 3.2 Satz 1 nicht.** Der Kunde muss in diesem Fall den vollen Stromverbrauch sowie den vollen Grundpreis bezahlen. Bei einer ordentlichen Kündigung der GASAG wird der Kündigungstermin wie das Ende des Leerstands behandelt.

6.2 Der Vertrag endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, automatisch, wenn sich ein neuer Mieter/Bewohner für die betroffene Verbrauchsstelle anmeldet – und zwar unabhängig davon, ob dieser die GASAG als Lieferanten wählt oder ob sich dieser für einen anderen Lieferanten entscheidet. **Der Kunde ist verpflichtet, der GASAG unverzüglich mitzuteilen, wenn der Wohnungsleerstand durch Einzug eines neuen Mieters oder auf sonstige Weise beendet wird.**

6.3 Im Übrigen sind beide Parteien berechtigt, den Stromlieferungsvertrag aus wichtigem Grund außerordentlich zu kündigen.

6.4 Die Kündigungsrechte des Kunden nach § 5.6 und § 15.2 bleiben unberührt.

6.5 Jede Kündigung bedarf der Textform.

§ 7 Feststellung des Verbrauches

7.1 Die GASAG kümmert sich um die Messung des gelieferten Stroms und schließt hierfür etwaige notwendige Verträge mit dem grundzuständigen Messstellenbetreiber (das ist in der Regel der Netzbetreiber) ab. **Der Kunde ist während der Laufzeit des Stromlieferungsvertrages nicht berechtigt, sich einen eigenen Messstellenbetreiber zu suchen und mit diesem einen Messstellenvertrag abzuschließen.**

7.2 Die gelieferte Strommenge wird durch im Eigentum des grundzuständigen Messstellenbetreibers (in der Regel der Netzbetreiber) befindliche Messeinrichtungen festgestellt.

7.3 Der Kunde ist verpflichtet, den Zählerstand für die vom Leerstand betroffene Verbrauchsstelle zum Beginn und zum Ende des Leerstandes selbst abzulesen und der GASAG mitzuteilen. Der Kunde kann einer Selbstablesung im Einzelfall widersprechen, wenn diese ihm nicht zumutbar ist. Die GASAG darf bei einem berechtigten Widerspruch nach Satz 2 für eine eigene Ablesung kein gesondertes Entgelt verlangen.

7.4 Der Zählerstand wird neben der Selbstablesung des Kunden nach § 7.2 vom grundzuständigen Messstellenbetreiber oder einem Beauftragten der GASAG in möglichst gleichen Zeitabständen abgelesen.

7.5 Der Kunde hat nach vorheriger Benachrichtigung dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers, des Messstellenbetreibers oder der GASAG Zutritt zu seinem Grundstück oder seinen Räumen zu gestatten, soweit dies zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen oder zur Ablesung oder Prüfung von Messeinrichtungen notwendig ist.

7.6 Können die Messeinrichtungen nicht abgelesen werden oder zeigen sie fehlerhaft an, so darf die GASAG den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung oder bei einem Neukunden nach dem Verbrauch vergleichbarer Kunden unter angemessener Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse schätzen. Dasselbe gilt, wenn der Kunde die vereinbarte Selbstablesung nicht oder verspätet vornimmt oder der Messstellenbetreiber die Daten nach den geltenden Regeln nicht oder verspätet weitergibt.

7.7 Der Kunde kann bei Zweifeln an der Messrichtigkeit eine Überprüfung der Messeinrichtungen beim grundzuständigen Messstellenbetreiber veranlassen. In diesem Fall hat der Kunde die GASAG darüber zu informieren. Die Kosten der Prüfung nach Satz 1 fallen dem Kunden zur Last, wenn die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen eingehalten werden.

7.8 Ergibt eine Überprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 40 des Gesetzes über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt, ihre Verwendung und Eichung sowie über Fertigpackungen (Mess- und Eichgesetz – MessEG) eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so ist der zu viel bzw.

zu wenig berechnete Betrag zu erstatten oder nachzuentrichten. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt die GASAG den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung durch Schätzung; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Die Ansprüche sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ableserzeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden. In diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

§ 8 Abrechnung

8.1 Innerhalb von sechs Wochen nach Beendigung des Vertrags erstellt die GASAG eine Endabrechnung. Der Kunde erhält daneben jeweils eine Verbrauchsabrechnung nach der turnusmäßigen Ablesung des Netzbetreibers/Messstellenbetreibers – soweit diese in den Zeitraum des Leerstands fällt, spätestens aber nach Ablauf von zwölf Monaten nach Belieferungsbeginn. Rechte des Kunden nach § 40 Abs. 3 EnWG bleiben davon unberührt.

8.2 Ändern sich die Preise, so erfolgt die Aufteilung des Strombezuges und der Grundpreise jeweils tagesanteilig, die der Arbeitspreise mengenanteilig, wobei die Mengen rechnerisch abgegrenzt werden.

§ 9 Informationspflicht des Kunden

9.1 Der Kunde ist verpflichtet, der GASAG die Zählernummer sowie sonstige zur Identifikation der Abnahmestelle notwendige Informationen bei Vertragsabschluss mitzuteilen, sofern ihm diese Informationen bekannt sind. Sollte dies nicht der Fall sein, erteilt der Kunde der GASAG zusammen mit der Auftragserteilung eine entsprechende Vollmacht, damit die GASAG die notwendigen Daten beim Netzbetreiber/Messstellenbetreiber anfordern kann.

9.2 Der Kunde ist verpflichtet, seinen Informationspflichten nach § 6.2 Satz 2 nachzukommen.

§ 10 Abnahmepflichten

Der Kunde ist für die Dauer des Stromlieferungsvertrages verpflichtet, seinen gesamten leitungsgebundenen Strombedarf an der gemäß Stromlieferungsvertrag zu versorgenden Abnahmestelle aus den Stromlieferungen der GASAG zu decken. Ausgenommen ist die Bedarfsdeckung durch Eigenanlagen der Kraft-Wärme-Kopplung bis 50 Kilowatt elektrischer Leistung und aus erneuerbaren Energien; ferner durch Eigenanlagen, die ausschließlich der Sicherstellung des Elektrizitätsbedarfes bei Aussetzen der Stromversorgung dienen (Notstromaggregate). Notstromaggregate dürfen außerhalb ihrer eigentlichen Bestimmung nicht mehr als 15 Stunden monatlich zur Erprobung betrieben werden. Eine Weiterveräußerung des Stromes an Dritte ist nicht gestattet.

§ 11 Unterbrechung der Lieferpflicht

11.1 Die GASAG liefert für die vereinbarte Vertragslaufzeit Strom im vertraglich vorgesehenen Umfang. Dies gilt nicht, soweit und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und die Anschlussnutzung nach § 17 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (Niederspannungsanschlussverordnung – NAV) oder § 24 Abs. 1, 2 und 5 NAV unterbrochen hat oder soweit und solange die GASAG an dem Bezug oder der vertragsgemäßen Lieferung von Strom durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihr nicht möglich ist oder wirtschaftlich nicht zugezählt werden kann, gehindert ist.

11.2 Bei einer Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten in der Stromversorgung ist, soweit es sich um Störungen des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses handelt, die GASAG von der Lieferpflicht befreit. Gleiches gilt, wenn Störungen des Messstellenbetriebs, die der Messstellenbetreiber zu verantworten hat, die Stromlieferung für die GASAG unmöglich machen. Satz 1 gilt nicht, soweit die Unterbrechung auf nicht berechtigten Maßnahmen der GASAG gemäß § 14.3 beruht.

§ 12 Haftung der GASAG

12.1 Ansprüche wegen Schäden, die der Kunde durch die Unterbrechung oder durch Unregelmäßigkeiten der Anschlussnutzung erleidet, sind gegen den örtlichen Netzbetreiber unter den Voraussetzungen des § 18 NAV geltend zu machen. Die GASAG wird dem Kunden auf Verlangen unverzüglich über die mit der Schadensverursachung durch den Netzbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft geben, als sie ihr bekannt sind oder von der GASAG in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können. In allen übrigen Fällen haftet die GASAG nach den gesetzlichen Vorschriften.

12.2 Der örtliche Netzbetreiber ist kein Erfüllungshilfe der GASAG.

§ 13 Rechnungslegung und Verzug

13.1 Rechnungen werden zu dem von der GASAG angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung ohne Abzug fällig.

13.2 Bei Zahlungsverzug des Kunden kann die GASAG Ersatz für den dadurch entstandenen Schaden verlangen. Wenn die GASAG erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, kann sie die dadurch entstandenen Kosten für strukturell vergleichbare Fälle pauschal berechnen; die pauschale Berechnung muss einfach und nachvollziehbar sein. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Dem Kunden steht jeweils der Nachweis frei, dass der GASAG kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist. Sofern die GASAG eine pauschale Berechnung vornimmt, werden die Pauschalen im Internet unter www.gasag.de/rechnung veröffentlicht. Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugsschadens bleibt unberührt.

13.3 Gegen Ansprüche der GASAG kann der Kunde nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufrechnen. Satz 1 findet im Falle des Widerrufs des Stromlieferungsvertrages durch einen Kunden, der Verbraucher ist, keine Anwendung.

§ 14 Unterbrechung der Anschlussnutzung

14.1 Die GASAG ist berechtigt, ohne vorherige Androhung bei dem zuständigen Netzbetreiber nach § 24 Abs. 3 NAV eine Unterbrechung der Anschlussnutzung zu verlangen, wenn der Kunde dem Vertrag in nicht unerheblichem Maße schuldhaft zuwiderhandelt und die Unterbrechung erforderlich ist, um den Gebrauch von Strom unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern.

14.2 Die GASAG ist berechtigt, durch den zuständigen Netzbetreiber nach § 24 Abs. 3 NAV die Anschlussnutzung vier Wochen nach Androhung unterbrechen zu lassen und den Netzbetreiber mit der Unterbrechung der Belieferung zu beauftragen, wenn der Kunde seine Zahlungsverpflichtungen trotz Mahnung nicht erfüllt. Dies gilt nicht, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen oder der Kunde darlegt, dass hinreichende Aussicht besteht, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt. Die GASAG kann mit der Mahnung zugleich die Unterbrechung der Versorgung androhen, sofern dies nicht außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung steht. Wegen Zahlungsverzuges darf die GASAG eine Unterbrechung weiterhin nur durchführen lassen, wenn der Kunde nach Abzug etwaiger Anzahlungen mit Zahlungsverpflichtungen von mindestens 100 Euro in Verzug ist. Bei der Berechnung der Höhe des Betrages nach Satz 4 bleiben diejenigen nicht titulierten Forderungen außer Betracht, die der Kunde form- und fristgerecht sowie schlüssig begründet beanstanden hat. Ferner bleiben diejenigen Beträge außer Betracht, die wegen einer Vereinbarung zwischen der GASAG und dem Kunden noch nicht fällig sind oder die streitig sind und über die noch nicht rechtskräftig entschieden wurde.

14.3 Die GASAG lässt die Anschlussnutzung unverzüglich wiederaufnehmen, wenn die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind und der Kunde die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung der Belieferung ersetzt hat. Für die Unterbrechung und Wiederaufnahme der Versorgung berechnet die GASAG die vom Netzbetreiber in Rechnung gestellten Kosten an den Kunden weiter. Dem Kunden steht der Nachweis frei, dass der GASAG keine oder nur wesentlich geringere Kosten entstanden sind.

§ 15 Änderung dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen

15.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) beruhen auf den derzeit geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. EnWG, StromGVV, NAV, Messstellenbetriebsgesetz, höchstrichterliche Gerichtsentscheidungen). Die GASAG ist berechtigt, die AGB (dazu zählen nicht die Preise) mit Wirkung zu einem Kalendermonatsersten anzupassen, wenn AGB-Klauseln nach Vertragsschluss aufgrund einer Änderung der gesetzlichen oder sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen (wie insbesondere aufgrund einer Gesetzesänderung oder durch eine Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung) unwirksam werden bzw. ihre Unwirksamkeit festgestellt wird. Die AGB können nach Satz 2 zum Nachteil des Kunden nur angepasst werden, soweit dies wegen der Änderung der Rahmenbedingungen erforderlich ist.

15.2 Die GASAG wird dem Kunden Anpassungen der AGB mindestens sechs Wochen vor dem geplanten Inkrafttreten in Textform mitteilen. Die Anpassungen werden wirksam, wenn der Kunde ihnen zustimmt. **Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn der Kunde der mitgeteilten Änderung nicht bis zum Zeit-**

punkt von deren geplantem Inkrafttreten in Textform widerspricht. Darüber hinaus hat der Kunde in diesem Fall das Recht, den Stromlieferungsvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der AGB-Änderung zu kündigen. Übt der Kunde sein Widerspruchsrecht nicht aus und kündigt er auch nicht, gilt die Vertragsänderung als genehmigt. Widerspruch der Kunde rechtzeitig, werden die angebotenen Änderungen nicht zum Vertragsbestandteil. Das Recht der GASAG, den Vertrag aus wichtigem Grund gemäß § 314 BGB zu kündigen, bleibt davon unberührt.

15.3 Die GASAG wird den Kunden auf die Bedeutung der Nichtausübung des Widerspruchsrechts und des Kündigungsrechts nach § 15.2 in der Änderungsmitteilung gesondert hinweisen.

§ 16 Lieferantenwechsel

Ein Lieferantenwechsel erfolgt unentgeltlich.

§ 17 Aktuelle Preisinformationen und Verbraucherbeschwerden

17.1 Aktuelle Informationen zu den geltenden Angeboten und Preisen für Privatkunden können unter www.gasag.de abgerufen werden. Für Geschäftskundenprodukte können diese Informationen telefonisch (030 7872-2355) oder per E-Mail (business-abrechnung@gasag.de) angefragt werden.

17.2 Für Beschwerden, insbesondere zum Vertragsabschluss oder zur Qualität von Leistungen der GASAG, kann der Kunde sich an folgende Stelle wenden:

GASAG-Abrechnung, 10085 Berlin

Service-Hotline: 030 7072 0000-0

E-Mail: service@gasag.de

17.3 Weiterhin können Kunden, die Verbraucher sind, sich auch an den Verbraucherservice der Bundesnetzagentur wenden:

Bundesnetzagentur, Verbraucherservice,

Postfach 8001, 53105 Bonn

Telefon: 030 22480-500

E-Mail: verbraucherservice-energie@bnetza.de

17.4 Zur Beilegung von Streitigkeiten kann von Verbrauchern unter den Voraussetzungen des § 111b EnWG eine anerkannte oder beauftragte Schlichtungsstelle angerufen werden:

Schlichtungsstelle Energie e.V.

Friedrichstraße 133, 10117 Berlin

Telefon: 030 2757240-0

Internet: www.schlichtungsstelle-energie.de

E-Mail: info@schlichtungsstelle-energie.de

Die GASAG ist zur Teilnahme am Schlichtungsverfahren verpflichtet.

17.5 Online-Streitbeilegung gemäß Art. 14 ODR-VO: Die Europäische Kommission stellt eine Plattform zur Online-Streitbeilegung bereit, die Kunden unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> finden. Verbraucher haben die Möglichkeit, diese Plattform für die Beilegung ihrer Streitigkeiten aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen zu nutzen.

Für Verbraucher gilt das folgende Widerrufsrecht:

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (GASAG AG – Widerruf, Postfach 97 04 64, 12704 Berlin, Tel.: 030 7072 000-90, Fax: 030 7072 000-99, widerruf@gasag.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene günstigste Standardlieferung gewählt haben) unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Haben Sie verlangt, dass die Lieferung von Strom während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Muster-Widerrufsformular:

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück an:

GASAG AG – Widerruf
Postfach 97 04 64
12704 Berlin

Hiermit widerrufe(n) ich/wir* den von mir/uns* abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/die Erbringung der folgenden Dienstleistungen (*):

Bestellt am (*)/Erhalten am (*)

Name

Anschrift

Datum, Unterschrift(en) (nur bei Mitteilung auf Papier)

(*) Unzutreffendes streichen

Produkt: GASAG | STROM Leerstand

GASAG AG, Henriette-Herz-Platz 4, 10178 Berlin

Datenschutzhinweise (Stand: 13.05.2019)

Die folgenden Informationen beziehen sich auf unseren Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen des jeweiligen Vertragsverhältnisses erheben.

1. Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen sowie seines Vertreters

GASAG AG, vertreten durch den Vorstand, Henriette-Herz-Platz 4, 10178 Berlin, GASAG Service-Hotline: 030 7072 0000-0, E-Mail-Adresse: service@gasag.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

GASAG AG, Datenschutzbeauftragter, 10085 Berlin, datenschutzbeauftragte@gasag.de

3. Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen

a) Vertragsdurchführung

Wir gehen mit Ihren personenbezogenen Daten zur Vertragsanbahnung, -durchführung und Abrechnung um.

b) Werbeeinwilligung

Wenn Sie uns Ihre Werbeeinwilligung erteilen, dann gehen wir mit Ihren personenbezogenen Daten für eigene Werbezwecke um.

c) Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse

Wir verarbeiten Ihre Daten in zulässiger Weise zur Wahrung unserer berechtigten Interessen, um Ihnen Produktinformationen zu senden, unsere Angebote weiterzuentwickeln, Sie individuell mit passenden Angeboten anzusprechen, Markt- und Meinungsforschung durchzuführen, um einen Austausch mit Auskunfteien zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Zahlungsausfallrisiken vorzunehmen, insbesondere unter den Voraussetzungen des § 31 BDSG, und um Adressermittlungen und -ergänzungen durchzuführen, rechtliche Ansprüche geltend zu machen und zu verteidigen, um Straftaten aufzuklären oder zu verhindern und um Ihre Daten anonymisiert zu Analyse Zwecken zu verwenden. Die GASAG holt bei Bedarf zudem zur Überprüfung der Eigentumsverhältnisse eine Auskunft über die Liegenschaftskarte und das Liegenschaftsbuch bei der zuständigen Behörde und/oder beim zuständigen Grundbuchamt ein.

4. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

a) Vertragsdurchführung

Die Rechtsgrundlage für unseren Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten zur Vertragsdurchführung ist das jeweilige Vertragsverhältnis.

Wir erheben personenbezogene Daten zu Ihrem bisherigen Zahlungsverhalten sowie Bonitätsinformationen auf Basis mathematisch-statistischer Verfahren bei Wirtschaftsauskunfteien. Die konkrete Wirtschaftsauskunftei ist auf dem jeweiligen Auftragsformular angegeben. Diese Wirtschaftsauskunftei speichert personenbezogene Daten für die Erteilung von Auskünften.

b) Werbeeinwilligung

Ihre Einwilligungserklärung ist die Rechtsgrundlage für unseren diesbezüglichen Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten.

c) Berechtigtes Interesse

Rechtsgrundlage für unsere Verarbeitung aus berechtigtem Interesse ist Art. 6 Abs. 1f DSGVO.

d) Datenverarbeitung aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder im öffentlichen Interesse

Als Unternehmen unterliegen wir diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z. B. Steuergesetze, Handelsgesetzbuch), die eine Verarbeitung Ihrer Daten zur Gesetzeserfüllung erforderlich machen.

5. Kategorien von Empfängern

Wir übermitteln zur Vertragsdurchführung personenbezogene Daten an andere Unternehmen der GASAG-Gruppe, an Marktpartner im Rahmen der prozessualen Festlegungen der Bundesnetzagentur (z. B. Netz- und Messstellenbetreiber und bisherige Lieferanten) sowie an Dienstleister im Rahmen der Leistungserbringung (z. B. Handwerker und Transportunternehmer) oder an Institute zur Durchführung von Markt- und Meinungsforschung sowie bei Bedarf an öffentliche Stellen/Behörden (Liegenschaftskataster, zuständiges Grundbuchamt).

Sie finden hier eine Übersicht der Unternehmen der GASAG-Gruppe: www.gasag.de/gruppe.

Wenn Sie Ihre Zahlungsverpflichtung rechtswidrig verweigern, dann übermitteln wir Ihre personenbezogenen Daten an Inkassounternehmen.

Zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Zahlungsausfallrisiken und zur Adressermittlung und -ergänzung übermitteln wir Ihre personenbezogenen Daten an Auskunfteien. Eine Datenübermittlung, insbesondere im Wege von Administrationszugriffen an Stellen bzw. Staaten außerhalb der Europäischen Union (Drittland-Übermittlung), ist auf der Grundlage der genannten Zwecke und Rechtsgrundlagen möglich. Ein Datenzugriff erfolgt in diesen Fällen ebenfalls nur, wenn entweder für das jeweilige Land ein Angemessenheitsbeschluss der Kommission existiert, wir mit den Dienstleistern die von der EU-Kommission für diese Fälle vorgesehenen Standardvertragsklauseln vereinbart haben oder das jeweilige Unternehmen eigene interne verbindliche Datenschutzvorschriften aufgestellt hat, welche von den Datenschutzaufsichtsbehörden anerkannt worden sind (https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection_en).

6. Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer personenbezogener Daten

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für die o. g. Zwecke. Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis oder der Verarbeitungszweck mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungspflichten aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO). Das bedeutet, dass wir spätestens nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, in der Regel sind das 10 Jahre nach Vertragsende, Ihre personenbezogenen Daten löschen. Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für **eigene Werbezwecke**, solange Ihre Einwilligungserklärung gegeben bzw. soweit dies ansonsten gesetzlich zulässig ist.

7. Ihre Rechte

Sie haben grundsätzlich das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung. Zudem haben Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit.

Bitte wenden Sie sich für die Wahrnehmung Ihrer Rechte an unser Unternehmen (siehe unter 1.) oder den Datenschutzbeauftragten.

a) Widerrufsrecht bei einer Einwilligung

Sie können erteilte Einwilligungen jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

b) Widerspruchsrecht

Sofern wir eine Verarbeitung von Daten zur Wahrung unserer berechtigten Interessen vornehmen, haben Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit das Recht, gegen diese Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Das umfasst auch das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung zu Werbezwecken einzulegen.

8. Ihr Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde

Sie können sich bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, beschweren.

9. Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder. Diese personenbezogenen Daten sind für einen Vertragsabschluss erforderlich. Wenn Sie diese personenbezogenen Daten nicht angeben, dann können wir das jeweilige Vertragsverhältnis nicht abschließen. Die Angabe Ihrer E-Mail-Adresse und/oder Ihrer Telefonnummer im Rahmen Ihrer Werbeeinwilligung ist weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben. Wenn Sie uns keine Werbeeinwilligung erteilen, dann

erhalten Sie keine Informationen über Angebote, Produkte und Dienstleistungen, es sei denn, dies ist gesetzlich zulässig.

10. Datenquellen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Kunden erhalten. Wir verarbeiten auch personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen, z. B. aus Schuldnerverzeichnissen, Grundbüchern, Handels- und Vereinsregistern, der Presse und dem Internet, zulässigerweise gewinnen dürfen. Außerdem nutzen wir personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Unternehmen innerhalb unseres Konzerns oder von Dritten, z. B. Auskunfteien, erhalten.

11. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung und Profiling

Die Bonitätsprüfung erfolgt durch eine Wirtschaftsauskunftei, welche auf dem Auftragsformular angegeben ist. In Abhängigkeit von dem Ergebnis der Bonitätsprüfung wird die betroffene Person aufgrund von Wahrscheinlichkeitswerten in eine statistische Personengruppe eingeordnet, die in der Vergangenheit ein ähnliches Zahlungsverhalten aufwies. Diese Einteilung erfolgt insbesondere auf folgender Basis: Personenstatus bzw. -alter, Hinweise zur Anschrift/Anschriftenbestätigung, zum Haus/zur Nutzungsart des Hauses, zum Namen, zu Zahlungserfahrungen sowie Beziehungen zum Unternehmen/Funktionen im Unternehmen. Anhand von gesammelten Informationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit erstellt die Wirtschaftsauskunftei eine Prognose über zukünftige Ereignisse. Die Berechnung der Wahrscheinlichkeitswerte erfolgt primär auf Basis der zu einer betroffenen Person bei der Wirtschaftsauskunftei gespeicherten Informationen. Dieses Verfahren wird als „logistische Regression“ bezeichnet und ist eine fundierte, seit langem praxiserprobte mathematisch-statistische Methode zur Prognose von Risikowahrscheinlichkeiten.

Als Auswirkung dieser Bonitätsprüfung kann eine automatisierte Entscheidung getroffen werden, dass kein Vertrag mit dieser betroffenen Person abgeschlossen wird. In einem solchen Fall hat die betroffene Person das Recht, eine Nachprüfung dieser automatisierten Entscheidung durch einen Mitarbeiter der GASAG-Gruppe zu verlangen und ihren eigenen Standpunkt darzulegen.

Bei Bestandskunden der GASAG AG kann eine Bonitätsprüfung durch die Verwendung der bisherigen Kundenerfahrungen erfolgen. In Abhängigkeit von dem Ergebnis der Berechnung wird für die betroffene Person aufgrund von bekannten Informationen und Wahrscheinlichkeitswerten eine Zahlungsausfallwahrscheinlichkeit ermittelt. Diese Einteilung erfolgt insbesondere auf folgender Basis: Personenstatus bzw. -alter, Hinweise zur Anschrift/Anschriftenbestätigung, zum Haus/zur Nutzungsart des Hauses, zum Namen, zu Zahlungserfahrungen bei der GASAG AG sowie Beziehungen zum Unternehmen/Funktionen im Unternehmen. Anhand von gesammelten Informationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit erstellt die GASAG AG eine Prognose über zukünftige Ereignisse. Die Berechnung der Wahrscheinlichkeitswerte erfolgt primär auf Basis der zu einer betroffenen Person bei der GASAG AG gespeicherten Informationen. Dieses Verfahren wird als „Random Forest“ bezeichnet und ist eine fundierte, seit langem praxiserprobte mathematisch-statistische Methode zur Prognose von Risikowahrscheinlichkeiten.

Als Auswirkung dieser Bonitätsprüfung kann eine automatisierte Entscheidung getroffen werden, dass kein weiterer Vertrag mit dieser betroffenen Person abgeschlossen wird. In einem solchen Fall hat die betroffene Person das Recht, eine Nachprüfung dieser automatisierten Entscheidung durch einen Mitarbeiter der GASAG-Gruppe zu verlangen und ihren eigenen Standpunkt darzulegen.

12. Änderungsklausel

Da unsere Datenverarbeitung Änderungen unterliegt, werden wir auch unsere Datenschutzhinweise von Zeit zu Zeit anpassen.